



# HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2005

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 28.04.2005**

**betreffend Ausbeutung durch selbst ernannte Akademien**

**und**

## **Antwort**

**des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung**

### **Vorbemerkung des Fragestellers:**

In der letzten Zeit häufen sich Hinweise, dass vereinzelt Betriebe potenziellen Auszubildenden einen Lehrvertrag unter der Bedingung in Aussicht stellen, dass diese zuvor eine "Grundausbildung" in einer so genannten betriebseigenen oder -nahen Akademie absolvieren. Diese Grundausbildung kann im Einzelfall bis zu 3.000 € kosten. Jugendliche und Erwachsene, die auf dem Ausbildungsmarkt nur schlechte Chancen haben, werden mit dieser Praxis regelrecht genötigt.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Ist der Landesregierung dieser Umstand bekannt und wenn ja, wie bewertet sie dieses Vorgehen?

Der Landesregierung sind derartige Vorgänge weder aus dem IHK-Bereich oder dem Handwerksbereich noch aus dem Gesundheitsbereich (HSM) bekannt.

Frage 2. Hat die Landesregierung in dieser Angelegenheit Kontakt mit den Kammern aufgenommen und  
a) wenn ja, mit welchem Ergebnis, und  
b) wenn nein, warum nicht?

Die Arbeitsgemeinschaften der hessischen Industrie- und Handelskammern sowie die Arbeitsgemeinschaft Hessischer Handwerkskammern wurden zu den Vorgängen befragt. Nach dem Kenntnisstand der beiden Arbeitsgemeinschaften sind keine Tendenzen oder gar Tatbestände zur beschriebenen kostenpflichtigen Grundausbildung bekannt.

Frage 3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung zur Verhinderung solcher inakzeptabler Ausbildungsbedingungen unternommen?

Da keine konkreten Hinweise vorliegen und den Kammern Vorgänge dieser Art nicht bekannt sind, hat die Landesregierung keine Handhabe, derartige Maßnahmen zu verhindern.

Wiesbaden, 16. Juni 2005

**Dr. Alois Rhiel**